

CDU Ratsfraktion Bielefeld – Postfach 100862 – 33508 Bielefeld

Herrn
Oberbürgermeister
Pit Clausen

Rathaus

Bielefeld, 29.03.2023

Antrag zu TOP 3.2 der Ratssitzung am 30.03.2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

unter Tagesordnungspunkt 3.2 der Ratssitzung am 30.03.2023 bitten wir Sie folgenden
Beschlussvorschlag zu behandeln:

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Haushalt 2024, einschl. der Mittelfristplanung bis 2027, so zu planen, dass etwaige Haushaltssicherungskonzepte die nächsten Jahre vermieden werden. Ferner sind Steuererhöhungen ausgeschlossen und eine bürgerorientierte Gebührenplanung mit einzubeziehen. Notwendige Haushaltskonsolidierungen haben auf der Ausgabenseite, insbesondere im Sach- und Personalkostenbereich, zu erfolgen.
2. Zur Umsetzung des beschlossenen Investitionsprogramms ist ein aktualisiertes Realisierungs- und Finanzierungskonzept vorzulegen.
3. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes und der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe sind folgende Ausgabenschwerpunkte zu beachten:
 - der Erhalt und der Ausbau der Gesundheitsversorgung durch die verbesserte Kapitalausstattung des städtischen Klinikums und der Sicherung der haus- und kinderärztlichen Versorgung.
 - die Stärkung des ÖPNV vor allem durch planerische Vorarbeiten des im Nahverkehrsplan festgelegten Stadtbahnerweiterungen.
 - die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Bielefeld, insbesondere durch Ausbildung und Weiterqualifizierung von Fachkräften, den Ausbau der verkehrlichen Infrastruktur, wie der L712n, sowie die verstärkte Ausweisung von Wohn- und Gewerbeflächen zur Erhöhung des Steueraufkommens.
4. Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur Haushaltseinbringung ein Konzept vorzulegen, wie Stellenvakanzen, z.B. in Bereichen mit Bürgerkontakten vermieden bzw. optimiert werden können und Aufgaben auf externe Dritte zur Entlastung städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übertragen werden können.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, mittels eines aufgabenkritischen Verfahrens für die Zeit bis 2025 eine Planung vorzustellen, die den Abbau von 100 Stellen über die bestehenden KW-Vermerke hinaus vorsieht.

Begründung erfolgt mündlich.



Detlef Werner
Fraktionsgeschäftsführer